

April 2005

Blätter der Freien Grünen Liste, 2/ 05

Die IZBB-Mittel und das Windhundrennen.

Die Vergabe der IZBB-Mittel (Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung 2003-2007) wurde immer wieder mit einem Windhundrennen verglichen. Zum Thema Windhundrennen findet man im Internet folgende Informationen:

"Der Windhund stellte immer den Aristokraten unter den Hunderassen dar.

Den deutschen Namen verdankt er seiner unglaublichen Geschwindigkeit.

Obwohl alle Windhundrassen ursprünglich zur Jagd gezüchtet wurden, werden sie heute überwiegend nur noch zu Amateur-Sportveranstaltungen wie Hunderennen und Coursings eingesetzt..."

Der Konstanzer Windhund trat aristokratisch auf, fürwahr, so kannte man ihn. Aber wo war beim Konstanzer Windhund seine unglaubliche Geschwindigkeit, seine Rasse, sein Ehrgeiz, als es für seinen Stall darauf ankam, als es im entscheidenden Rennen um viel Geld ging?

Betrachtete er das Rennen um die IZBB-Mittel als lockeres Spiel, quasi als Amateur-Sportveranstaltung? Dabei ging es doch um Millionen!

Hatte er das "Preisgeld" aus den Augen verloren, weil er mehr von einem Radsportereignis als von einem Sieg in seiner verantwortlichen Kategorie träumte? Wo waren die Trainer und Trainerinnen, deren ureigenstes Interesse es sein musste, den Windhund rechtzeitig fit zu machen, ihn anzutreiben, um das Preisgeld für die Weiterentwicklung ihrer Zucht nutzen zu können?

Der Konstanzer Windhund lahnte, war antriebsarm, ließ sich vom "Hasen" nicht reizen, verweigerte sich. Die Trainerinnen und Trainer, die sich auf den angeborenen Jagdinstinkt verlassen hatten, ergriffen viel zu spät selber die Initiative um retten, was zu retten war.

Der Windhund verpatzte das Rennen, lief unter "ferner liefen" ein und jaulte laut auf, als ihm die Konsequenzen klar wurden. Der Schaden für den Besitzer ist groß, das Preisgeld verspielt, Millionen verspielt. Dieser Windhund hat sich selbst disqualifiziert. Und die Trainerinnen und Trainer? Sie werden mit dem leben müssen, was sie haben, ein weiteres Rennen ist nicht vorgesehen.

Dorothee Jacobs-Krahen



starker Abgang!

Protokoll der Jahreshauptversammlung der FGL am 18.01.2005

Anwesende: 23 Mitglieder, 1 Nichtmitglied

Redeleitung: Günther Beyer-Köhler

Tätigkeitsbericht des Vorstands:

Das Jahr 2004 war ein „Superwahljahr“ (Gemeinderats-, Kreistags-, Europa- und Oberbürgermeisterwahl) und die Arbeit des Vorstands war weitgehend davon geprägt.

Bereits im Januar organisierte der Vorstand eine Klausur zum Thema „Wahlprogramm“, in der Oberbegriffe festgelegt wurden. In Arbeitsgruppen wurde das Wahlprogramm weiter bearbeitet, bis es schließlich im März zusammen mit der Kandidatenaufstellung für die GR-Wahl verabschiedet wurde.

Anfang Februar gab es noch die Jahreshauptversammlung mit einer Diskussion zum Thema „Kongresshausabstimmung“. Im April wurde zur Europawahl eine Veranstaltung am Hafen mit landesgrüner Prominenz organisiert. Vom März bis zum Wahlkampfauftakt am See Ende Mai folgten unzählige Besprechungen zu Wahlplakaten, Flyern, Design und vielem mehr und natürlich Plakate kleben, Ständebetreuung, Wahlkampf-Subkurier etc. Am 16. Juni wurden dann auch 10 Grüne in den Gemeinderat gewählt.

Gleich darauf engagierten wir uns beim OB-Wahlkampf wiederum mit Wahlstandbetreuung, Verteilung der Wahlzeitung, Betreuung des Wahlbüros u.s.w., was mit der Wiederwahl Horst Franks im zweiten Wahlgang am 25. Juli belohnt wurde.

Nach den Sommerferien bildeten wir AGs zu den dringenden Themen wie z.B. Verkehrschaos in der Innenstadt, „Hartz IV“ und Öffentlichkeitsarbeit. Ebenfalls im Herbst befragten wir die Mitglieder über ihre Vorstellungen zur Zukunft des „Kleinen Subkurier“. Auch die Treffen mit den Kreuzlinger Grünen gingen weiter. Es gab eine Demo in Benken gegen Atomkraft und eine Veranstaltung mit Uschi Eid („Grenzenlos Grün“) zu Benken und der Fluglärmproblematik.

Kassenbericht von Peter Köhler:

Auch finanziell war 2004 für die FGL ein positives Jahr, obwohl der Wahlkampf erhebliche Kosten verursachte. Die Einnahmen (Spenden, Mitgliederbeiträge etc.) beliefen sich auf 25.196,26.- Euro, die Ausgaben auf 31.161,56.- Euro, was ein Minus von 5.965,30.- Euro ausmacht. Das Vermögen der FGL beläuft sich dennoch auf 14.642,75.-Euro. Es wird jetzt wieder fest angelegt. (Genaue Zahlen siehe Kassenbericht)

Kassenprüferbericht von Ute Friederici (in Vertretung) und Peter Müller:

Die Kassenprüfer fanden die Kasse übersichtlich und sehr korrekt geführt, alle Belege waren lückenlos vorhanden, alles war korrekt abgerechnet.

Entlastung des Vorstands und des Kassierers:

Der Vorstand und der Kassierer wurde einstimmig entlastet.

Wahl des neuen Vorstands:

Die Wahlleitung übernahm Bärbel Köhler. Als Kandidaten ließen sich aufstellen;

- Gebhard Strasser
- Karin Göttlich
- Martin Haas
- Hans Weinbacher (in Abwesenheit)
- Christine Hähli
- Günther Beyer-Köhler
- Peter Köhler (als Kassierer).

Gewählt wurde geheim und einzeln, in einem Wahlgang (grüne Zettel). Während der Auszählung, die Bärbel Köhler und Dagmar Krug vornahm, wurden die Kassenprüfer gewählt und der Tätigkeitsbericht der Fraktion gehalten.

Wahl der Kassenprüfer:

Ute Friederici und Robert Straub, die einzigen Kandidaten, wurden in offener Wahl einstimmig gewählt.

Tätigkeitsbericht der Fraktion von Werner Allweiss:

Werner Allweiss gab einen äußerst unterhaltsamen und informativen Rückblick nicht nur auf das „Superwahljahr“ 2004, sondern auf 25 Jahre grüne Politik in Konstanz. Der Bericht zeigte die spontane und kämpferische Anfangszeit der beiden grünen Stadträte, die sich- wie die Bundesgrünen- gegen Ablehnung, Ignoranz und Anfeindungen der alteingesessenen Parteien durchsetzen mußten. Mit den Jahren wuchs die Partei und erwarb sich einen festen Platz in der Konstanzer politischen Landschaft. Die Spontaneität ging im Laufe der politischen Alltagsarbeit etwas verloren, aber die Sachkompetenz stieg an. 2004 belohnten die Konstanzer Wähler die gute Arbeit mit zehn Plätzen im Stadtrat. Wie Werner besonders hervorhob, hat die „Freie Grüne Liste“ sich auch die positive „Streitkultur“ erhalten. Einen ausführlichen, anekdotenreichen Rückblick auf die Geschichte der FGL wird Werner zum 25-jährigen Jubiläum im Frühjahr geben.

Wahlergebnis der Vorstandswahl:

Alle Kandidaten wurden gewählt und nahmen die Wahl an. Die Stimmenverteilung war folgende:

➤ Gebhard Strasser	21 Stimmen
➤ Karin Göttlich	21 Stimmen
➤ Martin Haas	16 Stimmen
➤ Christine Hähl	20 Stimmen
➤ Peter Köhler (als Kassierer)	21 Stimmen
➤ Hans Weinbacher	17 Stimmen
➤ Günther Beyer-Köhler	21 Stimmen

Dagmar Krug

Die Alten und die Neuen

Abschied nehmen ist so schwer...

Frage: Was kommt hinterher?

Abschied nehmen wir von unseren Vorständen

Manfred Heier (als Vorstand aber noch nicht als Ratgeber) und

Nils Donder (der sich seiner neuen Papa-Rolle uneingeschränkt widmen möchte)

Was hinterher kommt ist bereits klar. Neu im Vorstand der FGL sind

Gebhard Strasser und

Karin Göttlich

Fehlen wird uns auf jeden Fall der Sachverstand von Manfred, der jeden Meter Straße, jede Baulücke, jeden Dachfirst, jeden Fahrradwegmeter und vieles, vieles mehr kennt.

Fehlen wird uns die Fähigkeit von Nils, unsere teilweise wirren Ideen graphisch auf den Punkt zu bringen und dafür auch noch eine künstlerische Form der Gestaltung zu finden. Zum Glück bleibt uns die Hoffnung, dass es Dir, lieber Manfred, noch lange Spaß macht, weiterhin Ratgeber und Ansprechpartner zu bleiben. Und Nils, sollte der Junior allzu ruhig werden, unsere Türen stehen offen, Unterhaltung garantiert!

Euch beiden ein kräftiges **Dankeschön !**

Karin Göttlich

Diskussion zum Thema „Verkehr in der Innenstadt“:

Einige Mitglieder der Fraktion erläuterten das inzwischen vom GR abgelehnte „C-Konzept“, die Ablehnung des Lago-Parkhauses wegen zu hoher Belastung der Bodanstraße und die Ablehnung des Döbeleparkhauses, da die öffentlichen Parkhäuser nur in Spitzenzeiten ausgelastet sind. Es sollten Anwohnerparkplätze geschaffen werden, nicht ca. 600 neue öffentliche Parkplätze (Lutherplatz 250- halb öffentlich, halb Anwohner- , Döbele 450 öffentlich und Aufstockung des Laubeparkhauses um ca. 100 Plätze). Der ÖPNV soll gefördert werden. Hier verwiesen einige Redner auf die Schweizer Nachbarn, die den ÖPNV dort vorbildlich ausbauen. Auch die Zusammenarbeit mit den Schweizer Grünen wurde gelobt.

Horst Frank erklärte seine Unterstützung des Döbeleparkhauses damit, dass der Verkehr schon vor der Bodanstraße abgefangen werden kann. Das Verkehrschaos sei in den letzten Wochen nur ausgeblieben, weil der Gemeindevollzugsdienst und die Polizei Überstunden gemacht hätten, was auf Dauer keine Lösung sei. Und der Einzelhandel brauche diese Wochenendspitzenzeiten dringend, da sonst Arbeitsplätze verloren gingen, was für ihn als OB ein dringendes Argument sei. Er erwähnte als die von ihm bevorzugte Alternative die Idee des Einbahnringverkehrs mit Shuttle-Bus und P&R, die aber vom Rat ebenfalls abgelehnt worden ist. Die Schweiz werde den Übergang „Klein Venedig“ als Entlastung nicht wieder öffnen.

Von den Mitgliedern kamen viele Ideen, wie z.B. die Einrichtung von Pfortnerampeln und Busspuren (Nils Donder), „Car-Sharing“ und ein Heimbringdienst für Einkäufe (Günther Schäfer), geförderte Tagestickets für Bus und Bahn vom Einzelhandel gefördert und die „Citymaut“ (Sabine Seeliger, Carsten Demberger), verbilligte Bus- und Fährekarten (Martin Haas) bis zu „Knappheitspreisen“ bei Parkhäusern in der Innenstadt am Wochenende (Roland Wallisch). Die P&R-Schilder am Stadteingang sollen auffälliger gemacht werden. Man könnte „Warnplakate- oder banner“ vor Staustellen und am Stadteingang aufstellen, die Zusammenarbeit mit den Schweizer Grünen soll weiterentwickelt und der Dialog mit dem Stadtmarketing gesucht werden und man sollte sich die Lösungen anderer Städte zum Vergleich ansehen.

Es gab sehr viele und sehr unterschiedliche Ideen zur Lösung des Verkehrsproblems in Konstanz und Günther Beyer-Köhler versuchte, zum Abschluss der Diskussion ein Fazit zu ziehen:

Die Mehrheit der Teilnehmer war für die Förderung des „Öffentlichen Nahverkehrs“ vor dem Individualverkehr, d.h. keine weiteren öffentlichen Parkplätze sondern ein Akzeptieren des Staus und die Schaffung von Alternativen mit ÖPNV und den oben genannten Ideen.

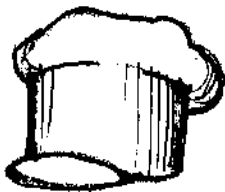
Dagmar Krug



Verleihung des Heckerhutes durch die Landkreis-SPD an den Freiburger Alt-OB Dr. Rolf Böhme!

Da müßten eigentlich die Liberalen aufheulen. Denn es ist schon ganz schön kühn, wie da die Sozis den alten, wilden Hecker für sich vereinnahmen! Der und seine Mitkämpfer wollten vor allem das feudale Joch abwerfen und bürgerliche Rechte erzwingen. In den nach revolutionären Parlamenten saßen dann auch vorwiegend Rechtsanwälte und Kaufleute. Die Sozialdemokraten formierten sich bekanntlich erst mit der voranschreitenden Industrialisierung in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Da wäre es eher angebracht, dem Herrn Dr. Böhme die Ballonmütze, die die Genossen Bebel und Liebknecht getragen haben, zu verleihen.

Manfred Heier



Haushaltsrede der FGL zum Haushalt 2005/2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
und alle Verantwortlichen für die Stadt Konstanz.

Die dauerhafte Sicherung des Haushaltes unserer Stadt ist aus Sicht der FGL das wichtigste und nachhaltigste Zukunftsprojekt.

Wir wollen zusammen mit der Verwaltung und sicher auch mit den anderen Fraktionen des Gemeinderates in den nächsten Jahren und möglichst schon 2006 einen **gesunden** Haushalt erreichen, mit einer **ordentlichen** Zuführungsrate und einer Nettoneuverschuldung **null**.

Der vorliegende Haushaltsentwurf erwirtschaftet im Verwaltungshaushalt **nicht** die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von rund 3 Millionen € und weist dazu noch eine **Nettoneuverschuldung** von rund 200.000 € in 2005 und 2.5 Millionen € in 2006 auf.

Dieser Haushalt ist vergleichbar mit einem Patienten, dessen Diagnose lautet: ernsthaft krank, Heilung nicht ausgeschlossen, radikale Maßnahmen erforderlich.

Erster Schritt: Ursachenforschung

Auch unserer Stadt werden von Bund und Land zunehmend mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem bedient sich das Land zur Konsolidierung des eigenen Haushaltes mit rund 500 Mio. € aus der Finanzmasse der Kommunen. Die Gewerbesteuerentwicklung ist rückläufig, die Kreisumlage gestiegen.

Die Pflichtzuführung wird jedoch nicht allein durch diese veränderten Rahmenbedingungen aufgeessen. Denn obgleich im Verwaltungshaushalt immer mehr Einnahmen erzielt werden, werden die erwirtschafteten Überschüsse immer geringer, da gleichzeitig der Verwaltung per Beschluss immer mehr Aufgaben übertragen werden, Folgekosten, die seitens der Kämmerei immer wieder angemahnt werden. Die neue Turnhalle mit mehr Fläche und mehr Energie-, Unterhaltungs- und Reinigungs- und Personalkosten, eine neue Grünfläche oder eine gepflasterte Fußgängerzone mit erhöhtem Pflegeaufwand, oder Schulsozialarbeit mit hervorragender präventiver Wirkung, angestoßen vom Land, das sich jetzt aus der Förderung zurückzieht...

Zweiter Schritt: Behandlungsplan

...Die Zuführungsrate ist zu niedrig, die Hälfte des Verwaltungshaushaltes nicht disponibel. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt können daher langfristig nur über grundsätzliche Strukturänderungen gesenkt werden.

Zwei Maßnahmen können jedoch bereits für den Haushalt 2005 in Angriff genommen werden:

- Kürzung bei den frei verfügbaren Mitteln bei Personalkosten, Sachkosten oder den Zuschüssen nach außen und/oder
- Einkommensverbesserungen

Für welche der beiden kurzfristigen Behandlungsmethoden man sich auch entscheidet, es wird quälend für den Patienten und der Erfolg ist unsicher, denn

- Personalabbau ist nur über Strukturveränderungen machbar.
- Kürzungen bei den Sachkosten oder den Zuschüssen nach außen stellen den Bestand in Frage.
- Einkommensverbesserungen heißen im Klartext Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Im Jahr 2005 können wir nur versuchen, den Patienten vital zu erhalten, da im Haushalt selber keine großen strukturellen Änderungen auf die Schnelle möglich sind. Eine halbwegs ordentliche Zuführung wird nur über Minderausgaben bei Personal- und Sachausgaben erreicht, eventuell noch über erhöhte Grundstücksverkäufe und über große Haushaltsdisziplin.

Für 2006 und die folgenden Jahre müssen strukturelle Anpassungen erfolgen. Eine Haushaltsstrukturkommission muss definieren, welche Infrastruktur und welchen Standard wir uns unter diesen finanziellen Voraussetzungen leisten **können**, was wir uns leisten **wollen** und **wie viel Personal** wir dafür einsetzen. Für die dauerhafte Einnahmesteigerung ist aus Sicht der FGL zudem eine Grundsteuererhöhung unerlässlich.

Dritter Schritt: Festlegung von Behandlungsschritten

Bereits 2005 muss dem Patient, sprich dem Verwaltungshaushalt durch Einzelmaßnahmen Erleichterung verschafft werden.

Die FGL hat sich entschieden, neben den Pflichtaufgaben schwerpunktmäßig vor allem Einzelmaßnahmen für **Kinder und Jugendliche, für Bildung und Familien, im Dementen- und Pflegebereich sowie im bürgerschaftliches Engagement** zu erhalten, alles andere einer kritischen Prüfung zu unterziehen und strikte Haushaltsdisziplin zu üben.

...Den Kindergärten in privater Trägerschaft haben wir zugestanden, dass die Leitungskräfte für zusätzlichen Aufgaben die Zeit nicht bei der Arbeit mit den Kindern abziehen müssen. Wir wollen, dass die städtischen Einrichtungen, wie ursprünglich geplant, gleichgestellt werden und stellen den Antrag die Stellenvermehrungen für die städtischen Einrichtungen in Höhe von rund 40.000 € für 2006 wieder einzustellen.

Der Neubau des Montessorikindergarten inklusive Betriebskindergartenplätzen soll auf das Jahr 2005 vorgezogen werden, was durch die Unterbringung des Sprachheilkindergartens in den Pavillons am ehemaligen Progymnasium möglich ist.

Das Land stellt kein Personal für Ganztagsbetreuung an Schulen außer in Brennpunktschulen, das Land streicht die Gelder für die Schulsozialarbeit, wir nicht. Ganztagsangebote müssen laut Schulentwicklungsplan bedarfsgerecht über die Schularbeiten hinweg weiterentwickelt und die beantragten Baumaßnahmen zügig umgesetzt werden, sobald die Fördermittel bewilligt sind, Schulsozialarbeit muss im bisherigen Umfang erhalten werden, zumal sich der Kreis über Fördermittel beteiligt.

Wir halten auch an der durchgehenden Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern im beispielhaften ISEP-Projekt an der Gebhardschule fest.

Das breite Angebot, das die Schullandschaft in Konstanz, bietet muss auf dem jetzigen qualitativ hohem Niveau erhalten bleiben. Der Anbau an die Theodor-Heuß-Schule muss schnellstmöglich kommen, um den Schulraumengpass in den Realschulen zu beseitigen, die Comeniuschule muss in das ehemalige Progymnasium umziehen können.

Für die weitere Umsetzung des Schulentwicklungsplanes ist ein Integrationskonzept und ein Frühförderkonzept zu entwickeln.

...Die Stadt erbringt im Haushalt 2005/2006 Freiwilligkeitsleistungen in Höhe von rund 18 Millionen €. Mit diesen Geldern werden Vereine und Verbände im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich gefördert. Jeder Cent, der hier ausgegeben wird, vervielfältigt sich durch das ehrenamtlich Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger, zumal die Vereine und Verbände in nicht unerheblichem Maße finanzielle Eigenmittel beisteuern.

...Für die Sportvereine wurde eine Sportförderrichtlinie erarbeitet, überprüft und durch Anregungen ergänzt. Die Förderung auf Basis der Jugendarbeit hat sich bewährt und wir werden uns dafür einsetzen, dass sie in dieser Form und Höhe weitergeführt wird, auch weil das Land ehrenamtliches Engagement im Sport immer weniger fördert. Wir werden auch keiner Kürzung der Sportfördergelder, die Hunderte ehrenamtlich engagierte in unserer Stadt trifft, zustimmen,...Was der städtische Haushalt nicht wird

leisten können, ist die zurückgehende oder zeitversetzte Förderung des Landes bei Investitionen aufzufangen oder die bisherigen Zuschüsse aufzustocken...

...Analog zu den Sportförderrichtlinien sind die Kulturförderrichtlinien überarbeitet worden um Doppelförderung zu vermeiden und um das breite kulturelle Angebot der Stadt aufrecht zu erhalten.

Philharmonie und Theater erbringen großartige Leistungen trotz eines engen Budgets. Auch hier erbringt die Stadt zusammen mit Galerie und Museen in jedem Haushalt einen Kraftakt, um den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Angebot zu machen und um den Anspruch eines kulturellen Oberzentrums zu erfüllen. Strukturänderungen und damit Einsparungen im Verwaltungsapparat müssen zugunsten des künstlerischen Angebotes im Kulturkonzept erarbeitet werden um die Einrichtungen auf Dauer zu sichern. Erfolgreiche Arbeit, wie die Museumspädagogik muss auch aus wirtschaftlicher Sicht gestärkt werden. Wir stellen folgende Anträge:

1. Die Zuschüsse an die Musikschule werden auf dem Stand von 2004 eingefroren und erst bei nachgewiesener Effizienzsteigerung angehoben werden und 2. die Haushaltsstrukturkommission prüft einen Ausstieg der Stadt aus dem Bodenseefestival.

Der Münsterplatz muss so schnell wie möglich hergerichtet werden. Die Reste des Römerkastells gehören für die FGL zur Geschichte der Stadt. Sie dürfen nicht konservierend zugeschüttet werden. Allerdings bevorzugen wir angesichts der Haushaltslage und der möglichen Folgekosten eine ausbaufähige Minimalpräsentation, die die Funde über eine aufgesetzte Glaskonstruktion sichtbar lässt. Für die baldige Realisierung benötigen wir eine konkrete Kostenaufstellung und die verbindliche Zusage über die Höhe der angedeuteten Fördergelder. Planerisch sollte man aber jetzt schon die Zugänglichkeit sichern.

Bischof Gaudentius beim Konstanzer Münsterbau:



„Laßt noch was vom Kastell stehen! In 1000 Jahren sind die Konstanzer vielleicht verrückt nach römischen Resten.“

Schwerpunktsetzung und Minderausgaben im Jahr 2005 sind vergleichbar mit Aderlässen, die aber nicht ausreichen, um den Patient auf Dauer gesunden zulassen. Einnahmen könnten durch vermehrte Grundstücksverkäufe erzielt werden, was der Stadt in den letzten Jahren nicht gelungen ist oder durch eine stärkere Gewinnabführung von Tochtergesellschaften. Die Freie Grüne Liste Konstanz sieht es seit jeher als kritisch an, Vermögen der Stadt, und dazu zählen die Grundstücke, zu veräußern, um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Auch die Gewinnabführung der Töchter darf nicht indirekt zu einer erhöhten Belastung der Bürgerinnen und Bürger führen, sondern sollte über Effizienzerhöhung und Strukturveränderung erreicht werden.

Ab dem Haushalt 2006 werden die schmerzhaften Operationen folgen müssen: Personaleinsparungen und Sachmittelkürzungen, die auch für die Bürger und die Bürgerinnen spürbar werden. Der Rat muss dafür die politische Verantwortung übernehmen und festlegen, in welchen Bereichen Standards gehalten und welche aufgegeben werden.

Wenn wir es ernst meinen mit einem dauerhaft genehmigungsfähigen Haushalt kommen wir nicht um Steuererhöhungen herum. Und die FGL meint es ernst. Wir wollen uns nicht auf **mögliche** Einsparungen und **mögliche** Mehreinnahmen verlassen. Wir wollen die Pflichtzuführung in Höhe von 3 Mio. € erreichen. Deshalb halten wir es für geboten, nach den Beratungen der Haushaltsstrukturkommission noch in diesem Herbst über eine Erhöhung der Grundsteuer ab 2006 abzustimmen. Wir halten die Steuererhöhung grundsätzlich für notwendig, denn

- die Hebesätze sind seit 1996 unverändert und im Baden-Württembergischen Vergleich unter dem Durchschnitt,
- wir wollen mit dem erhöhten Steueraufkommen dazu beitragen, die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger weitgehend auf einem hohen Niveau zu erhalten.
- und wir halten die Belastung für tragbar, auch wenn wir uns bewusst sind, dass sie Grundstücksbesitzer und Mieter gleichermaßen trifft und es nur eine von vielen Belastungen ist, die auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zukommt...

Vierter Schritt: Unterstützende Therapiemaßnahmen

...Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint, sind Investitionen in Bildung rentierliche Investitionen, die den Standort nachweislich aufwerten. Schulraum muss in ausreichendem Maß vorhanden sein, Ganztageseinrichtungen müssen bedarfsgerecht und mit Augenmaß ausgebaut werden.

...Wir beantragen, dass ÖPNV-Konzepte, analog der Hannover-Card geprüft werden, damit durch attraktive Angebote überflüssiger Verkehr aus der Stadt heraus und unsere Busse wettbewerbsfähig gehalten werden. Konstanz benötigt linksrheinisch zentrale Parkierungsmöglichkeiten für Anwohner. Öffentliche Parkflächen dürfen, wenn sie überhaupt nötig sind, nur als P&R Flächen mit Shuttlebusanschluss in Randgebieten errichtet werden, auch um die Feinstaubkonzentration in der Stadt unter der Belastungsgrenze zu halten. Wir beantragen weiter, dass auf die Bahn AG seitens der Stadtverwaltung Druck ausgeübt wird, damit der Bahnhof barrierefrei und attraktiv wird. Der Anschluss an das internationale Bahnnetz sollte nicht nur über die schweizer, sondern auch über die deutsche Seite erfolgen....

...Für den Tourismus sind große Anstrengungen nötig, weitere Beherbergungsbetriebe nach Konstanz zu holen und durch bessere Vermarktung von Weihnachtsmarkt,

Sylvester, die Wintersaison zu beleben. Wir beantragen, dass das Seenachtsfest 2006 ausgesetzt wird und ein neues, familienfreundliches Konzept mit Kreuzlingen zusammen entwickelt wird.

Langfristig wäre es wünschenswert, wenn sich weitere innovative Firmen wie Sunways, GATC, Genzyme, Hyperstone um nur einige Beispiele zu nennen ansiedeln würden. Das geplante Transferzentrum sollte solchen Firmen, zusammen mit den wichtigen Standortfaktoren Uni und FH Anreiz bieten, sich in Konstanz zu entwickeln und deshalb schnell projektiert und umgesetzt werden. Obgleich auch eine Gewerbesteuererhöhung sinnvoll wäre und viele kleine und junge Konstanzer Firmen gar nicht treffen würde, will die FGL aus Gründen der Wirtschaftsförderung derzeit darauf verzichten...

Fünfter Schritt: Nachsorge

Die Behandlung unseres Patienten wird dauern. Sie wird nicht einfach sein, ein Umdenken und die ganze Kraft aller Beteiligten erfordern. Aber sie wird sich lohnen. Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern eine lebens- und lebenswerte Stadt erhalten, die sich Handlungs- und Entscheidungsspielräume erhält und die nicht jetzt schon auf Kosten der kommenden Generationen lebt. Ich wünsche uns, dass wir das Angestrebte gemeinsam erreichen und unseren Patient bei den nächsten Beratungen als geheilt entlassen können.

Dorothee Jacobs-Krahen

Feinstaub (Partikel < 10 Mikrometer)

Auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen, die EU mit ihrem bürokratischen Apparat ist oft gut für Fortschritte in der Umweltpolitik, so etwa bei der Verpflichtung der Mitgliedsländer, FFH-Gebiete auszuweisen.

Aktuelles Thema ist die seit 01.01.05 gültige „EU- Luftqualitätsrahmenrichtlinie“ (Schadstoffrichtlinie), die einen Mindeststandard für saubere Atemluft sichern soll.

< 35 d/a= > 50 µg/m³

Sie besagt, daß die Belastung der Luft durch Feinstaub an höchstens 35 Tagen im Jahr mehr als 50 Mikrogramm pro Kubikmeter betragen darf. Feinstaub- feinste Partikel, die kleiner als zehn Mikrometer sind- wird durch Verbrennung in Heizungen, Industrieanlagen, aber vorwiegend durch Dieselfahrzeuge erzeugt. Er ist lungen-schädigend, dringt in die Blutbahn ein, bewirkt Herzinfarkt und Krebs. Feinstaub kann durch Einbau von Filtern zurückgehalten werden.

An dieser Richtlinie wird schon seit 1996 gearbeitet, sie wurde 1999 beschlossen, das baldige Inkrafttreten war abzusehen. Anders als etwa in Frankreich hat es die deutsche Autolobby aber verstanden, sich um schnell wirkende Maßnahmen zu drücken. Mit Kanzler Schröder wurde vereinbart, per „Selbstverpflichtung“ erst ab 2009 alle Dieselfahrzeuge mit Rußfilter auszurüsten.

Nun aber ist das Geschrei groß! Die Richtlinie ist ab 01.01.05 in Kraft, jeder Bürger kann klagen und hat gute Chancen, zu gewinnen. Statt nun die Autoindustrie zur Verantwortung zu ziehen, ist der „Schwarze Peter“ jetzt bei den Kommunen. Im Re-

gierungspräsidium wird an Maßnahmenkatalogen gebastelt, man denkt an Tempobeschränkungen, Teilsperren von Straßen und will natürlich Fahrverbote möglichst vermeiden.

In den Großstädten bricht nun Panik aus. Aber auch in Konstanz wurde der Grenzwert 2003 schon 37 mal überschritten. Gemessen wurde das an der Station Ecke Wallgut/ Zasiusstraße, nicht etwa am Schnetztor oder am Sternenplatz! Und nun der wirklich umwerfende Beitrag des Landes zu diesem Problem: Von bisher 44 Meßstationen in Baden- Württemberg werden 11 aus Kostengründen abgebaut, u.a. auch die in Konstanz. Die nächste Meßstation soll Pfullendorf sein.

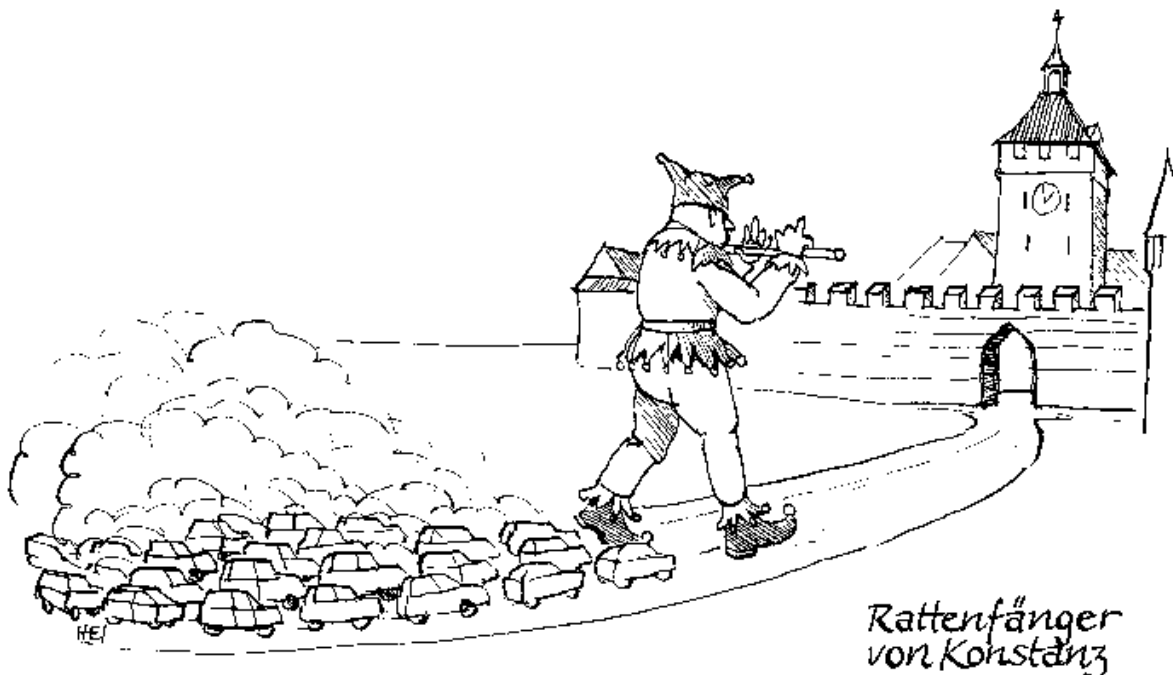
Die Konstanzer bemühen sich nun, mit finanzieller Unterstützung aus Kreuzlingen, die Station zu erhalten.

Außerdem faßt man „drastische“ Mittel zur Feinstaubbekämpfung ins Auge, als da sind ein lokaler Aktionsplan, Kauf neuer städtischer Dieselfahrzeuge nur noch mit Rußfilter oder Erdgasbetrieb, weniger Nachsicht beim Verstoß gegen die Sperrzeitenregelung für den Lieferverkehr in den Fußgängerzonen.

Ob angesichts der Situation der Bau einer Vielzahl neuer Parkplätze hilfreich ist?

In der Vorlage für den Technischen und Umweltausschuss vom 10.03.05 (05/30) ist als Anhang nochmals ein Auszug aus den „Umweltleit- und Handlungszielen der Stadt Konstanz“ (vom Gemeinderat am 29.04.04 einstimmig verabschiedet) enthalten. Dazu sind eine Vielzahl von Maßnahmen für den nicht motorisierten und öffentlichen Personen-Nahverkehr enthalten, wie sie fast alle im Programm der FGL stehen. Darüber hinaus fordern wir die Citymaut. Vielleicht wird dieser Traum von Sabine Seeliger über kurz oder lang Wirklichkeit.

Manfred Heier



Feinstaub, Klimawandel, Erdölverknappung– aber Konstanz baut neue Parkhäuser

Entgegen anders lautender Aussagen der Stadtverwaltung waren in den letzten Jahren alle Versuche zur Verringerung des Autoverkehrs erfolglos. Vielleicht konnten Steigerungsraten abgeflacht werden, verringert wurde der Autoverkehr in Konstanz sicher nicht. Neue Attraktionen wurden in der Innenstadt und im seenahen Bereich geschaffen (Sea-Life, Lago), die bislang hauptsächlich per Auto angesteuert werden. Anstatt dem Autoverkehr wirklich effektive Grenzen zu setzen, wurden neue Parkhäuser geplant und errichtet. Weitere, angefangen bei der Döbele-Parkpalette sollen nun folgen. Das Park & Ride System hat nur Alibifunktion, solange Autofahrer schneller und bequemer mit dem eigenen Auto in die Innenstadt fahren können... Inzwischen wirbt sogar das Stadtmarketing mit Zusatzleistungen für Autofahrer (gratis Auto-Check) für deren Fahrt in die Innenstadt. Warum eigentlich kein Auto-Check auf dem Park & Ride-Platz oder kostenlose Fahrrad-Checks in der Innenstadt? Allein die Fahrradtouristen bringen Konstanz jedes Jahr mehr als 25 Millionen Euro Umsatz pro Jahr (Quelle: Bodensee-Radweg-Service GmbH) und das bei einer jährlichen Steigerung von 12 Prozent.

1. These: Mit der Ausrichtung der Verkehrspolitik an den Bedürfnissen des automobilen Verkehrs (gute Erreichbarkeit der Innenstadt und allzeit genügend Parkplätze) verliert die Konstanzer Innenstadt ihren Reiz als attraktive Stadt zum Leben, Verweilen und Einkaufen.

Wer glaubt, dass die Fortschreibung des Status Quo der sicherste Weg für den zukünftigen Erhalt von Lebensqualität und Arbeitsplätzen in Konstanz ist, der irrt genauso wie die deutsche Automobilindustrie bei ihren Kampagnen gegen Katalysator und Partikelfilter. Der Verzicht auf rechtzeitige ökologische Veränderungen wird die Attraktivität von Konstanz nicht nur als Wohn- und Lebensort, sondern auch als Einkaufsstadt letztendlich ruinieren, selbst wenn daraus kurzfristig Profite erzielt werden. Konstanz hat andere Qualitäten als die „autogerechte Stadt“ und zieht genau deshalb viele Menschen an. Wenn im Radio gemeldet wird, dass Konstanz die Grenzwerte bei Feinstaub und Ozon überschreitet, die ersehnten Blechlawinen die Innenstadt überfüllen, dann sinkt auch rapide der Erlebniswert der Einkaufsstadt Konstanz, ganz abgesehen von der **Wohn- und Lebensstadt** Konstanz.

2. These: Ein attraktiver ÖPNV, gute Fahrradinfrastruktur und Park & Ride Angebote reichen nicht aus. Konstanz braucht – wie von der bayrischen Landesregierung für Bayern bereits jetzt ermöglicht – eine City-Maut.

Nur wenn die Fahrt in die Innenstadt mit dem ÖPNV schneller ist als mit dem Automobil, wenn attraktive Car-Sharing Angebote zum massenhaften Verzicht auf das individuelle Automobil führen, kann die Lebensqualität in Konstanz erhalten werden. Selbst wer das Auto schon bezahlt und vollgetankt vor seiner Türe stehen hat, darf mit ihm nicht billiger in die Innenstadt kommen als mit dem ÖPNV. Sonst gehen wir in Abgas, Staub und Lärm unter. Die Initiativen der Stadtverwaltung greifen erheblich zu kurz, wenn Sie auf Nachtfahrverbote in Wollmatingen, Rußpartikelfilter bei Bussen und Einschränkungen des LKW-Verkehrs in Fußgängerzonen setzt. Die Botschaft: „Kein Autofahrer darf aus Parkplatzsorgen Konstanz weiträumig umfahren“ konterkariert alle Bemühungen. Der Feinstaub kommt nicht nur aus den Abgasrohren von Diesel-Fahrzeugen sondern auch vom Reifenabrieb benzinbetriebener Fahrzeuge.

Wer jetzt noch angesichts endlich erkannter Feinstaub- und Abgasproblematik und sich deutlich abzeichnender Erdölknappheit (Preissprünge beim Rohöl, Wirtschaftsboom mit entsprechender Nachfragesteigerung in Asien) weiterhin für einen Aus –

und Neubau von Parkhäusern plädiert schafft nicht nur teure künftige Investitionsruinen, sondern verhindert auch sinnvolle Zukunftsoptionen. Wer wird noch eine City-Maut durchsetzen können, wenn die geplanten innerstädtischen Parkhäuser alle stehen und ausgelastet sein wollen? Vielleicht werden den Autofahrern dann noch tollere Einfahrts-Prämien angeboten als bereits jetzt mit dem Auto-Check (z.B. Tankgutscheine).

Alternativen zum Parkhausbau sind vorhanden

Wir brauchen keine weiteren Parkplatzkapazitäten in Konstanz, weder auf dem Döbele noch anderswo, sondern zukunftsorientierte und intelligente Lösungen. In Konstanz bestehen einzigartige städtebauliche und politische Möglichkeiten, Schritte zu einer stadt- und umweltverträglichen Mobilität zu unternehmen. Die sinnvolle Platzierung des Lago-Centers beim Bahnhof legt die Grundlage dafür, dass man in Bezug auf den Einkaufsverkehr eine klare Politik der Bevorzugung des stadtverträglichen ÖPNVs gegenüber dem Autoverkehr umsetzen kann, ohne dass die Gefahr besteht, dass die Einkäufer sich von der Stadt abwenden. Denn einerseits ist die Anbindung an den ÖPNV exzellent und andererseits wird die Problematik der Automassen in der Innenstadt sehr augenscheinlich. Aber nicht nur materiell sondern auch politisch bestehen außerordentlich günstige Voraussetzungen für eine andere Verkehrspolitik. Denn die letzten OB- und Gemeinderatswahlen haben gezeigt, dass es in der Stadt ausreichend Unterstützung für eine derartige nachhaltige Politik gibt.

Wir sollten diese Chancen nutzen, für die Umwelt, für die Menschen, für Konstanz.

Sabine Seeliger, Günther Schäfer und Marco Walter

Termine

- 27. April 2005 19.30 Uhr Treffen mit den Kreuzlinger Grünen, Restaurant Bürgerstuben, Konstanz
- 15. Juni 2005 19.30 Uhr Treffen mit den Kreuzlinger Grünen, Kreuzlingen
- 16. Juli 2005 18.00 Uhr Jubiläumsfest zum 25 jährigen Bestehen der Freien Grünen Liste im Foyer der Schänzle-Halle, Konstanz

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier